

Stärkt Compliance die deutschen Unternehmen?

Moralische Verpflichtung und Teil nachhaltiger Wertschöpfung



DR. THEO WAIGEL

Immer wieder höre ich die Behauptung, „jeder zahlt, um an Geschäfte in gewissen Ländern zu kommen“. Manche bekennen sich sogar ganz offen dazu. Ein mittelständischer Unternehmer sagte Mitte 2010 in einem Interview mit einer großen deutschen Wirtschaftszeitung, er habe schon mehr als einmal Schmiergeld gezahlt. Weiter behauptete er, der Kampf gegen Korruption und der Ausbau von Compliance in Unternehmen sei „reine Heuchelei“ und er kenne „nur Unternehmen, denen ihre Aufträge wichtiger seien als ihre Compliance-Abteilung“.

Schmiergeldzahlungen strafbar

Das ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass deutsche Unternehmen längst hätten reagieren müssen. Bereits im Jahr 1997 diskutierte das Bundeskabinett Än-

derungen im Umgang mit „nützlichen Anwendungen“, 1998 traten die entsprechenden Änderungen in Kraft, und ab 1999 wurde dann auch die so genannte Auslandsbestechung in Deutschland strafbar.

Zudem höre ich immer wieder die Einschätzung, dass nur große Unternehmen wie Siemens oder Daimler sich Compliance-Abteilungen leisten könnten – aber der normale Unternehmer könne das nicht. Als Haupteinwände gegen eine Einführung werden häufig genannt: „Zu viel bürokratische Kontrolle“ und „der Nutzen rechtfertigt den Aufwand nicht“. Die Grundannahme lautet, dass Compliance beziehungsweise Compliance-Abteilungen unproduktive Arbeitsplätze seien.

Haupteinwände treffen nicht zu

Dies werde ich am Beispiel des Unternehmens Siemens erläutern. Bei Siemens wurde ich im Dezember 2008 als erster Nicht-Amerikaner als Compliance-Monitor vom amerikanischen Justizministerium und der US-Börsenaufsicht akzeptiert.

Vorausgegangen waren Ermittlungen der Behörden in den USA und Deutschland gegen Siemens wegen Bestechung öffentlicher Amtsträger, Korruption und Veruntreuung von Geldern. Ausgelöst wurden diese Ermittlungen durch die deutsche Staatsanwaltschaft, die im November 2006 die Konzernzentrale in München und andere Unternehmensstandorte durchsuchte. Wichtig ist, dass es bayerische Beamte waren, die die Untersuchungen gestartet haben; die amerikanischen Behörden erfuhren davon aus der Presse.

Dem Unternehmen drohte ein schwieriges Szenario, beispielsweise Ausschluss von

öffentlichen Aufträgen, Strafzahlungen in Milliardenhöhe, langfristiger Schaden für das Geschäft, feindliche Übernahme oder Zerschlagung. Siemens leitete umgehend eine kompromisslose und umfassende Aufarbeitung ein. Die Verfahren gegen Siemens wurden im Dezember 2008 zeitgleich in München und Washington DC beendet. Zudem wurden Geldbußen in Höhe von rund einer Milliarde Euro verhängt. Gegenstand der Vergleiche mit dem amerikanischen Justizministerium und der US Börsenaufsicht war auch die Einsetzung eines Compliance Monitors.

Nach vier Jahren Monitorship bei Siemens kann ich eine positive Bilanz ziehen: Das Experiment mit einem Nicht-US-Monitor in Kombination mit US-Anwälten ist geglückt. Mein Team und ich haben in den zurückliegenden vier Jahren 1.527 individuelle und weitere 168 Round Table Gespräche geführt, bei denen insgesamt 2.344 Mitarbeiter interviewt wurden - teilweise mehrmals. Zudem wurden fast 40 Länder untersucht und ca. 51.000 Dokumente in elf unterschiedlichen Sprachen analysiert.

Siemens hatte bereits vor Beginn der Monitorship zahlreiche Maßnahmen zur Steigerung von Verantwortung und Transparenz im Unternehmen auf den Weg gebracht, darunter einen Umbau der Unternehmensstruktur mit klaren Entscheidungslinien und Verantwortlichkeiten, das CEO-Prinzip eingeführt und ein Vorstandsressort für Recht & Compliance geschaffen. Heute arbeiten in der Compliance-Organisation mehr als 600 Mitarbeiter. Diese Zahl mag für den einen oder anderen hoch klingen, aber bei ca. 370.000 Mitarbeitern auf der ganzen Welt entspricht dies gerade einmal einer Quote von 0,16 Prozent. Zudem hat >> [2]



*Wir wünschen allen Mitgliedern und ihren Familien
frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr.*

das Unternehmen ein umfangreiches Antikorruptions-Programm auf den Weg gebracht. Dazu gehören zum Beispiel Schulungen der Mitarbeiter, das Erfassen und Melden von Verdachtsfällen sowie interne Untersuchungen. Siemens ist heute ein anderes Unternehmen. Das gilt für die handelnden Personen, die internen Kontrollmechanismen, die Unternehmensstruktur und vor allem für die Führungskultur – es gibt klare Botschaften von der obersten Leitungsebene – „tone from the top“. Korruption und sonstigen Verstößen gegen den fairen Wettbewerb vorzubeugen, hat für das Unternehmen höchste Priorität.

Vor allem aber konnte das Unternehmen seine Wettbewerbsfähigkeit steigern. Im Geschäftsjahr 2006 lag das operative Ergebnis bei knapp über 5,2 Milliarden Euro. Die Marge des Vorsteuergewinns lag entsprechend bei 6 Prozent. Im Geschäftsjahr 2011 überschritt die Marge zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke, und im Geschäftsjahr 2012 erzielte Siemens erneut eines der besten Ergebnisse der Geschichte. Zudem erreichte Siemens im renommierten Dow Jones Sustainability Index 2012 erneut Bestnoten als nachhaltigstes Unternehmen.

Compliance – gemeinsame Aufgabe aller

Compliance ist aber weitaus mehr als die Aufgabe eines einzelnen Unternehmens – es ist eine gemeinsame Aufgabe, der wir uns alle verpflichtet fühlen sollten.

Bestechung ist unrentabel. Die Kosten für Strafen und Aufarbeitung sind sehr hoch. Siemens musste hierfür allein mehr als 2,2 Milliarden Euro zahlen. Zudem sind die Aufträge, die durch Bestechung gewonnen werden, oft Verlustgeschäfte. Vom unlauteren Gewinn wollen alle ein Stück abhaben: Die, die den Deal eingefädelt haben und die, die ihn auf der anderen Seite bewilligt haben. Korruption ist wider jeder Nachhaltigkeit. Sie hebt den fairen Wettbewerb aus, auf

den wir alle angewiesen sind. Zudem fehlt durch Schmiergeldzahlungen dringend benötigtes Geld bei der Erforschung und Entwicklung neuer, wettbewerbsfähiger Produkte.

Der Anspruch Integrität gehört zur Verantwortung, die alle betrifft. Für die enormen wirtschaftlichen und sozialen Kosten der Korruption müssen wir alle zahlen. Nach Schätzungen der Weltbank fließt weltweit jährlich mindestens 1 Billion US-Dollar in Bestechungsgelder, das ist das Zweifache des Bruttosozialprodukts von ganz Afrika. Eine Studie der Uni Linz aus dem Jahr 2012 beziffert den Schaden, der durch Korruption der Wirtschaft in Deutschland entsteht, auf jährlich 250 Milliarden Euro.

„Kartell der Guten“ notwendig

Ein Unternehmen allein verändert aber nicht die Welt zum Besseren. Der Kampf gegen Korruption kann nur im Verbund – durch ein „Kartell der Guten“ – gelingen. Auf diesem Weg spielt die Politik als Begleiter eine wichtige Rolle. Eines der wirksamsten Mittel zur Korruptionsvermeidung sind so genannte „Collective-Action-Initiativen“ oder Integritätspakete. Hierfür gibt es global zahlreiche hervorragende Beispiele wie mehr als 40 Integrity Pacts in Indien, gegenseitige Information unter Wettbewerbern über Verdachtsfälle in China oder die Förderung eines Projekts für Transparenz und Integrität bei der Auftragsvergabe im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016 in Brasilien. Die Sensibilität gegenüber dem Thema Compliance hat sich bei Medien, in der Gesellschaft und bei Investoren stark erhöht. Gleichzeitig drohen Unternehmen bei Verstößen drakonische Strafen. Unternehmen nehmen Compliance-Verstöße daher immer öfter zum Anlass, den Verantwortlichen fristlos zu kündigen. Gefahr droht von vielen Seiten, denn Compliance geht weit

über den Bereich Korruption hinaus: Vom Umweltschutz über saubere Bilanzierung bis hin zu Datensicherheit und Kartellrecht. Compliance ist eine moralische Verpflichtung und gleichrangiger Teil von nachhaltiger Wertschöpfung.

Durch Compliance bei Siemens ging kein Geschäft verloren – im Gegenteil: Compliance ist sogar ein Wettbewerbsvorteil. Die Kunden wissen, dass Siemens für saubere Geschäfte steht, für sie wird Siemens dadurch zum sicheren Hafen. Es lohnt sich also, anständig zu sein.

DR. THEO WAIGEL
Bundesfinanzminister a.D.
Compliance-Monitor bei der Siemens AG

Was ist ein Monitor?

In den USA ist das so genannte Monitoring der Compliance-Prozesse eines Unternehmens üblicher Bestandteil einer Einigung bei strafrechtlichen Verfahren. Theo Waigel wurde bei Siemens als unabhängig von den US-Behörden arbeitender Monitor im Zuge der Aufarbeitung der Vorwürfe vom amerikanischen Justizministerium (DOJ) und der US-Börsenaufsicht (SEC) eingesetzt. Seit Dezember 2008 beobachtete und testete er das Compliance-System im Unternehmen auf seine Effizienz und Nachhaltigkeit und achtete vor allem auf sensible Bereiche, an denen Probleme entstehen könnten. Daraus gilt es, Prozesse und Instrumente zur wirksamen Vermeidung abzuleiten. Zudem berichtete Waigel dem DOJ und der SEC regelmäßig über die Effektivität der Compliance-Maßnahmen.

Wir begrüßen die neuen Mitglieder

- Herbert G. Brauner, Bamberg
- Alois Wöhr, Aufham
- Carolin Preis, Regensburg
- Dr. Franz X. Keilhofer, München
- Prof. Dr. Ekkart Zimmermann, München
- Heinz Fuchs, Zirndorf
- Michael Dörfler, München
- Dr. Richard Metzler, Rauschert-Heinersdorf-Pressig GmbH, Pressig
- Hanns Pöllmann, Pöllmann Rechtsanwälte Insolvenzverwaltung, München
- Michael Fuchs, medical in, Fuchstal-Leeder
- Georg Huber, Berching

Unsere zwei neuen **Positionspapiere** zum Download unter: <http://www.wbu-bayern.de/positionen-stellungnahmen.asp>

Editorial

Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

die Generalversammlung liegt nun bereits einige Wochen zurück. Wie immer war sie die Krönung in unserem Veranstaltungskalender. 900 Teilnehmer haben beim Vortragsteil den Weg in den Bayerischen Hof gefunden. Unser Präsident Dr. Otto Wiesheu hatte den beiden Festrednern in seiner Begrüßung eine Reihe kritischer Fragen mit auf den Weg gegeben. Ministerpräsident Horst Seehofer nahm die Bälle auf und schlug in seinem ebenso substantiellen wie launigen Vortrag den großen Bogen über der Landes-, Bundes- und Europapolitik. Dass er Bayern dabei bescheinigte, in hervorragender Verfassung zu sein, konnte angesichts vieler harter positiver Fakten niemanden verwundern. Der Sprecher des Leitungsausschusses der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, Dr. Christopher Pleister, ging auf die Zukunft des Bankwesens in Deutschland und Europa ein und legte überzeugend dar, dass die SoFFin-Nachfolgerin für evtl. neue Krisenfälle gerüstet ist. Finanzminister Dr. Markus Söder hat es sich nicht nehmen lassen, unsere Mitglieder beim traditionellen Staatsempfang in der Residenz zu begrüßen. Einen ausführlichen Bericht über die Generalversammlung finden Sie nachstehend.

Die großen Neuwahlen für alle Gremien finden zwar erst 2013 statt. Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung sind aber einige wenige personelle Beschlüsse gefasst worden, über die ich Sie an dieser Stelle informieren möchte: Christian Neureuther hat von Dr. Georg von Waldenfels den Sportausschuss als Vorsitzender übernommen. Dr. Thomas Bühler hat darum gebeten, ihn wegen Arbeitsüberlastung vom Vorsitz beim wirtschaftspolitischen Ausschuss zu entbinden. Der Ausschuss wird künftig von BayWa-Chef Klaus Josef Lutz geführt. Dafür gibt Klaus Josef Lutz den Vorsitz beim Agrarausschuss ab, den Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbands, nunmehr leitet. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden ernannt im Bezirk Regensburg Dr. Christian Baumann und im Bezirk Rhön/Saale Rainer Maria Geisler. Dr. Christoph Hoppe von EADS folgt Stefan Zoller im Gesamtpräsidium nach. Wir danken allen ausgeschiedenen Vorsitzenden sehr herzlich für ihr ehrenamtliches Engagement und wünschen den frisch gewählten Vorsitzenden Glück und Erfolg im neuen Amt.

Freude und Trauer lagen in den letzten Wochen eng beieinander. Zu unserer großen Bestürzung verstarb zwei Tage vor der Generalversammlung völlig unerwartet Prof. Dr. Anton Kathrein. Wir verlieren mit ihm eine herausragende Unternehmerpersönlichkeit, einen großherzigen Mäzen, einen Mann, der den Dialog mit der Politik eben-

so leidenschaftlich wie kompetent geführt hat und einen Freund und Förderer des Wirtschaftsbeirats. Wir verneigen uns vor seiner großen Lebensleistung. Er wird uns fehlen und bleibt unvergessen.

Nicht vergessen ist auch Otto Schedl, dessen 100. Geburtstag wir am 10. Dezember gedenken konnten. Schedl zählt zu den großen bayerischen Wirtschafts- und Verkehrsministern. Er hatte dieses Amt 13 Jahre lang von 1957 bis 1970 inne und gehört mit zu den Architekten des modernen, wirtschaftlich aufstrebenden und prosperierenden Bayern. Mit seinem Namen ist untrennbar der Bau von Ölpipelines aus dem Mittelmeerraum und der Ausbau des Freistaates zu einem Petrochemiestandort verbunden. Die teure Abhängigkeit von der Revierkohle wurde auf diese Weise überwunden, Bayerns Entwicklung zu einem modernen Industrieland auf der Basis wettbewerbsfähiger Energiepreise entscheidend gefördert. Er ist damit als Minister mit strategischem Weitblick und grundlegender „Weichensteller“ in die bayerische Wirtschaftsgeschichte eingegangen. Zu Recht. Ohne ihn wären wir heute nicht da, wo wir sind.

Ich wünsche Ihnen frohe und gesegnete Weihnachten und ein glückliches und erfolgreiches Neues Jahr 2013.

Herzlichst
Ihr Jürgen Hofmann

Kurs halten. Stabilität sichern. Zukunft gewinnen! Von der Generalversammlung am 15. November 2012 in München

Einer langen Tradition folgend war Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer auch bei der diesjährigen Generalversammlung im Hotel „Bayerischer Hof“ in München zu Gast. Vor rund 900 Zuschauern referierte er über die wirtschaftliche, finanzielle und kulturelle Lage im Freistaat, die Haushaltspolitik der Staatsregierung, über Fragen der Energiewende und die Bewältigung der europäischen Schuldenkrise. Dr. Christopher Pleister, Sprecher des Leitungsausschusses der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, ging auf die Bankenrettungen während der Finanzkrise 2008/2009 ein und sprach über die Zukunft des Bankensektors in Deutschland und Europa. Präsident Dr. Otto Wiesheu umriss in seiner Eröffnungsrede die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft und führte durch die Veranstaltung. Sein Fazit nahm Seehofer gleich vorweg: Bayern stehe blendend da. Die Lage sei



so gut wie nie zuvor. Der Freistaat sei das fortschrittlichste und traditionsreichste Land der Welt. Doch der Ministerpräsident will sich nicht mit dem Erreichten zufrieden geben. Strauß machte Bayern zu einem Industrieland, Stoiber verwandelte es in einen High-Tech-Staat, sagte Seehofer. Er selbst wolle nun die „Digitalisierung“ Bayerns vorantreiben.

Dabei setzt der bayerische Ministerpräsident auf die Unternehmen. „Bayerische Unternehmen sind für uns nicht Feindbild,

sondern Vorbild“, sagte er. Politik und Wirtschaft würden sich im Freistaat auf Augenhöhe begegnen – dieses „Erfolgsmodell“ wolle er beibehalten.

Wegweisender Doppelhaushalt 2013/2014

Für die Jahre 2013/2014 sei ein Haushalts-Rekordvolumen von 95 Milliarden Euro vorgesehen – eine Steigerung von rund neun Prozent. Jeder dritte Euro gehe heute in die Bildung. Gleichzeitig bilde Bayern Rücklagen und habe damit begonnen, Alt-schulden zu tilgen. „Unser Ziel ist es, 2030 schuldenfrei zu sein“, erklärte Seehofer. Der Länderfinanzausgleich ist dem Ministerpräsidenten dabei allerdings ein Dorn im Auge. Rund vier Milliarden Euro müsse Bayern mittlerweile aufwenden. Man habe in 40 Jahren genau so viel erhalten, wie der Freistaat heute in einem Jahr bezahle. Die bayerische Regierung bereite >> [4]

deswegen eine Klage für einen gerechteren Finanzausgleich vor. Bayern sei weiter „solidarisch, aber nicht blöd“. Gutes Wirtschaft-



ten müsse sich auf der Seite der Geber- und Nehmerländer stärker bezahlt machen.

Kernfrage Energiewende

Für die Zukunft sieht Seehofer vor allem die Energiewende als Kernfrage an, mit der sich Bund und Länder intensiv beschäftigen müssten. So dürfe der Energiepreis nicht zum Gift für die Beschäftigung werden. Bayerns Ministerpräsident sprach sich deswegen dafür aus, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) noch im Frühjahr 2013 grundlegend zu reformieren. Auch die Versorgungssicherheit von Strom und die Umweltverträglichkeit müssten gewährleistet bleiben. Bayern liege bei der Umsetzung der Energiewende im Plan. Im Bund habe man viel Zeit verloren. Berlin müsse u.a. rasch für Bedingungen sorgen, die den Bau neuer Gaskraftwerke attraktiv machen. „Wir wollen nicht nur Strom beziehen und durchleiten, sondern die Stromerzeugung als Teil der Wertschöpfung weiterhin in Bayern behalten“, erklärte der Ministerpräsident.

Autobahn-Maut erforderlich

Daneben bekräftigte Bayerns Ministerpräsident, sich für die notwendigen Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur nachdrücklich einzusetzen. Die Unterfinanzierung des Verkehrshaushalts müsse mit einer Maut auf Autobahnen überwunden werden, an der sich auch Ausländer angemessen beteiligen. Die eingenommenen Gelder seien zweckgebunden für Verkehrsinvestitionen auszugeben. Dies käme auch den Unternehmen zugute, die dorthin gingen, wo es die besten Verkehrsverbindungen gebe. Festhalten will Seehofer deshalb auch an der dritten Start- und Landebahn am Münchner Flughafen. Der Flughafen sei eine Drehscheibe zum „Sprung in die Welt und aus der Welt zu uns“. Es werde viel zu wenig diskutiert, welchen enorm wichtigen Beitrag der Flughafen bereits heute zur Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung in Bayern beitrage.

Schuldenkrise: Hilfen nur gegen Auflagen

Bei der Bewältigung der Schuldenkrise bescheinigte Seehofer Bundeskanzlerin Mer-

kel, bislang keine Fehler begangen zu haben. Die Grundlinie sei klar: Hilfen nur gegen Auflagen. Überschuldung könne man nicht mit neuen Schulden bekämpfen. Die Ursachen müssten beseitigt, es müsse also gespart werden. Gleichzeitig dürften die wirtschaftlichen Grundlagen in den Krisenländern nicht zerstört, sie müssten vielmehr gestärkt werden. Dies sei eine schwierige Gratwanderung. Gleichwohl: Die Eigenverantwortung müsse bleiben, eine Transferunion wäre tödlich.



Dr. Christopher Pleister blickte in seiner Rede zunächst auf die Finanzkrise 2008/2009 zurück.

Bankenrettungen notwendig

Wir mussten schnell handeln, sagte Pleister über die Verstaatlichung der Hypo Real Estate. Ein Zusammenbruch hätte größere Probleme als die Lehman-Pleite verursacht. Das Geschäftsmodell der HRE war so „verkorkst“, dass seiner Bundesanstalt keine andere Wahl blieb, als die Bank vom Markt zu nehmen und diese „Fehlkonstruktion“ zu zerlegen. Und zwar so, dass ein Teil von ihr auf der Basis eines sinnvollen Geschäftsmodells weiterbestehen könne. Die Deutsche Pfandbriefbank AG mit ihren beiden Zweigen Immobilienfinanzierung und Infrastrukturfinanzierung sei deshalb nach wie vor aktiv und würde es auch künftig sein. Dagegen würde in der daneben als „Bad Bank“ gegründeten FMS Wertmanagement ein großer Teil des Wertpapier- und Darlehensportfolios der alten HRE verlustminimierend abgewickelt.

Die WestLB sei zu angeschlagen und mit zu vielen Beihilfeverfahren konfrontiert gewesen, um sie noch retten zu können. Bei der Commerzbank waren die Börsen nach der Übernahme der Dresdner Bank für eine notwendige Kapitalerhöhung schlichtweg „ausgetrocknet“. „Keiner hätte mehr zu der Zeit Geld einer Bank zur Verfügung gestellt“, erklärte Dr. Pleister. Auch hier habe der SoFFin eingreifen müssen. Ein beträchtlicher Teil der Hilfen sei von der Commerzbank inzwischen jedoch bereits zurückbezahlt worden.

Bankensektor heute stabiler als vor der Finanzkrise

Pleisters Fazit der Finanzkrise lautete: Von solchen Ausnahmefällen abgesehen, hätten sich die deutschen Banken in der Krise als stabil erwiesen. Heute sieht er den Bankensektor insgesamt noch besser für Schocks gerüstet, als davor. Die Banken würden aber nicht umhin kommen, weitere Kapazitäten abzubauen. Sie sollten die „Sieben Todsünden: Arroganz, Gier, Prunksucht, Maßlosigkeit, von Emotionen getriebene Entscheidungen, Neid und Ignoranz“ meiden. U.a. seien bei den Vergütungssystemen noch Lehren aus der Krise zu ziehen – nicht zuletzt als Antwort auf den dramatischen Ansehensverlust in der Bevölkerung. Vor allem aber hänge die Zukunft der Banken von der Entwicklung gesunder Geschäftsmodelle ab. Nicht jeder werde sich erfolgreich auf das Mittelstandsgeschäft konzentrieren können, wo die Genossenschaftsbanken und Sparkassen bereits eine starke Stellung hätten. Stimme das Geschäftsmodell nicht, würden Banken bei Schiefagen von der Bundesanstalt nicht unterstützt und gerettet, sondern auf der Grundlage des neuen Restrukturierungsgesetzes abgewickelt. Eigentümer und ungesicherte Gläubiger sollten nicht auf unbegrenzte staatliche Hilfe hoffen.

Die Europäische Bankenunion sah Pleister durch die EZB schon teilweise als realisiert an. Neben der Ergänzung durch eine Europäische Bankenaufsicht, sei auch eine Europäische Restrukturierungsbehörde notwendig. Die nationalen Behörden könnten und müssten dabei weiter eine wichtige Rolle spielen. Ohne sie seien die EU-Behörden nicht funktionsfähig.

Herausfordernde Zeiten



Präsident Dr. Otto Wiesheu hatte zuvor in seiner Eröffnungsrede darauf hingewiesen, dass die Zeiten selten herausfordernder gewesen seien als heute. Zwar sei die Wirtschaftslage nach wie vor gut, die Situation auf dem bayerischen Arbeitsmarkt glänzend. Dank Kurzarbeiterregelung und Konjunkturprogrammen hätte die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 rasch überwunden werden können. Doch auch Bayern dürfe sich nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen. Der konjunkturelle Gegenwind werde stärker. Bei der >> [5]

dauerhaften Absicherung des Aufschwungs bestehe Handlungsbedarf.

Dass Bayern anstrebe bis 2030 schuldenfrei zu werden, verdiene „Beachtung und Respekt. Mit diesem Ziel sei man auf dem richtigen Weg. „Sparen, Schulden tilgen und investieren – das ist Bayern 3.0“, erklärte Wiesheu.

Beschäftigung und Wachstum sichern

Im Bund müsse dagegen mehr zur Sicherung von Beschäftigung und Wachstum unternommen werden. Wiesheu beklagte in diesem Zusammenhang die Blockade des Steuerentlastungspakets und der steuerlichen Förderung von energetischen Gebäudesanierungsmaßnahmen im Bundesrat. Von der Wiedereinführung der Vermögenssteuer und anderen neuen Formen der Substanzbesteuerung, wie sie im linken Parteienspektrum gefordert werden, warnte er eindringlich.

Er riet vielmehr dazu, auf die zunehmende Investitionszurückhaltung mit verbesserten Abschreibungsbedingungen zu reagieren und mit der seit langem geplanten steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung im Mittelstand endlich ernst zu machen. „Wir müssen auch in Zukunft um das innovativer und besser sein, wie wir teurer sind“, so Wiesheu wörtlich. Hinzu kommen müssten dauerhaft höhere Ansätze im Bundesverkehrshaushalt. Export und Import seien Transport. „Wenn unsere Transporte leiden, dann leidet auch die Wirtschaft“,

erklärte er. Dass die Staatsregierung eine halbe Milliarde Euro in die Hand nehme, um den Ausbau der Breitbandnetze auch im ländlichen Raum voranzutreiben, begrüßte Wiesheu nachdrücklich. Dies sei ein wichtiges Element zukunftsichernder Regionalpolitik.

Offene Fragen der Energiewende

Zu den Megaherausforderungen dieses Jahrzehnts zählte Wiesheu wie Ministerpräsident Seehofer die Energiepolitik nach dem beschlossenen vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie bis Ende 2022. Die Stromversorgung müsse auch künftig sicher, preiswert und umweltfreundlich sein. Die industrielle Basis dürfe nicht gefährdet werden. Dabei forderte Dr. Wiesheu auch dazu auf, „stringent“ zu bleiben: „Das heißt: Keine Atomkraft aus dem Ausland.“ Insgesamt sah der Redner beim Thema Energiewende noch viele offene Fragen.

Euro-Krisenländer in der Verantwortung

Darüber hinaus kämpfe Europa noch immer mit der fragilen Lage an den Finanzmärkten und der schweren Staatsschuldenkrise in der Eurozone. Die bessere Regulierung der Finanzmärkte bleibe nach wie vor weit hinter den Absichtserklärungen der G20 auf dem Gipfel von Pittsburgh 2009 zurück. Die „Finanzindustrie“ habe sich wieder auf ihre dienende Funktion gegenüber der Realwirtschaft zu besinnen. Die Hauptverantwortung

für die Überwindung der Schuldenkrise solle dort bleiben, wo sie hingehöre: bei den Schuldnerstaaten. Die Krisenstaaten müssten sparen, reformieren und investieren – nur das bringe das notwendige Vertrauen an den Finanzmärkten zurück. Leitidee sei dabei die Soziale Marktwirtschaft. Freiheit und Chance seien untrennbar mit Eigenverantwortung und Haftung verbunden. Hilfe könne nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Eine Transferunion sei abzulehnen. Wiesheu würdigte die Vorträge am Ende der Veranstaltung als sehr gewinnbringend. „Es hat sich gelohnt, dabei zu sein.“ Vertreter aus Wirtschaft und Politik waren sich einig: Bayern kann stolz auf das Erreichte sein. Man dürfe aber nicht nachlassen. Bei der Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben müssten Politik und Wirtschaft weiter an einem Strang ziehen.



Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder setzte beim anschließenden Empfang der Staatsregierung in der Residenz mit seiner Ansprache den launigen Schlusspunkt unter die Generalversammlung 2012.

ANDREAS MACIEJEWSKI

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

30. Oktober – Ausschuss Medienpolitik

Ausschussvorsitzender Dr. Peter Thelen hatte den Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union eingeladen. MdB Alexander Dobrindt sprach über die Verantwortung der Medien in der Eurokrise.



Foto v.l.n.r.: Alexander Dobrindt, Dr. Peter Thelen

5. November – Arbeitskreis Ordnungspolitik

„Stärkt Compliance die deutschen Unternehmen?“ – zu dieser Frage referierte Dr. Theo Waigel, Bundesfinanzminister a.D.

und Compliance-Monitor der Siemens AG, vor dem Arbeitskreis Ordnungspolitik.



Foto v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Dr. Theo Waigel, Dr. Jürgen F. Kammer (Arbeitskreis-Vorsitzender)

8. November – Junge Unternehmer

Was bedeuten Lebensqualität und Fortschritt? Wie können wir beides messen und fördern? Dr. Stefan Bergheim, Direktor der gemeinnützigen Denkfabrik „Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt“, diskutierte darüber mit den Jungen Unternehmern.



Foto v.l.n.r.: Dr. Stefan Bergheim, Dr. Marc Tenbücken (Vorstand Junge Unternehmer)

19. November – Ausschüsse Umweltpolitik und Energiepolitik

Zu einer gemeinsamen Vortragsveranstaltung der Ausschüsse für Umweltpolitik und Energie- und Rohstoffpolitik hatten die Vorsitzenden Dr. Willi Kleine und Armin Geiß den Bayerischen Staatsminister für Umwelt und Gesundheit eingeladen. In seinem Referat „Bayerns Weg in ein neues Energiezeitalter“ ging Dr. Marcel Huber vor 150 Teilnehmern umfassend auf den Stand und >> [6]

die Umsetzung der Energiewende im Land und im Bund ein.



Foto v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Staatsminister Dr. Marcel Huber, Dr. Johannes Richter (Diskussionsleitung)

20. November – Ausschuss Wirtschaftspolitik

Dr. Karsten Schween, Geschäftsführender Gesellschafter der INTES Beratung für Familienunternehmen GmbH, war im Ausschuss für Wirtschaftspolitik zu Gast, um über den Zusammenhalt von Inhaberfamilien und die nachhaltige Absicherung des Erfolgs in Familienunternehmen zu referieren. Mit ihm diskutierten auf dem Podium, moderiert von Joachim Graf von Arnim, Dr. Dirk Rüttgers vom Vorstand der Dornier Stiftung und Bert Bleicher, Geschäftsführender Gesellschafter der Hoffmann Group.



Foto v.l.n.r.: Dr. Karsten Schween, Dr. Dirk Rüttgers, Bert Bleicher, Joachim Graf von Arnim

22. November – Junge Unternehmer

Zum 3. After Work Stammtisch der Jungen

Unternehmer begrüßte Dr. Marc Tenbücken (3. v. li.) den ehemaligen CEO von O2 Germany und Chairman von Telefonica Deutschland, Dr. h.c. Rudolf J. Gröger (2. v. li.). In geselliger Runde bei steirischem Wein sprach Dr. Gröger über den Status der Telekommunikationsindustrie in Deutschland und Europa und die künftigen Herausforderungen.



26. November – Bezirk Aschaffenburg

Auf Einladung der Bezirksvorsitzenden Dr. Astrid Nitz referierte Prof. Dr. Josef Neiß, Abteilungsleiter Energie, Bergbau, Rohstoffe, Umweltfragen im Wirtschaftsministerium, über die aktuelle Planung und Umsetzung der Energiewende in Bayern. Dieter Gerlach, Geschäftsführer der Aschaffener Versorgungs-GmbH, widmete seine Ausführungen den konkreten lokalen Zielsetzungen und Maßnahmen.



Foto v.l.n.r.: Dieter Gerlach, Dr. Astrid Nitz, Prof. Dr. Josef Neiß

26. November – Bezirk Mittelfranken



Vorsitzender Dr. Christian Bühler konnte Rechtsanwalt Martin Reymann-Brauer für einen Vortrag über „Compliance“, also zu Fragen der Einhaltung von Gesetzen und Richtlinien in Unternehmen, im Bezirk Mittelfranken gewinnen.

30. November – Bezirk München

Der Münchner Wirtschaftstag, organisiert vom Bezirksvorsitzenden Hans Hammer, fand in diesem Jahr in der ADAC Zentrale in München statt. Dem Thema „Wirtschaftsfaktor Kunst- und Kulturstandort – Herausforderungen für die Metropolregion München“ waren Impulsreferate, Workshops und eine Podiumsdiskussion mit Staatsminister a.D. Dr. Thomas Goppel, Prof. Björn Bloching, Partner bei Roland Berger Strategy Consultants, Stadtrat Josef Schmid, Fotokünstler Michael von Hassel und Moderator Peter Althammer gewidmet.



Foto v.l.n.r.: Michael von Hassel, Peter Althammer, Josef Schmid, Dr. Thomas Goppel, Prof. Dr. Björn Bloching, Hans Hammer

Terminvorschau

10. Januar, Bamberg

Bezirk Bamberg: Dr. Markus Söder, MdL, Bayerischer Staatsminister der Finanzen „Aktuelle Fragen der Finanz-, Währungs- und Haushaltspolitik aus der Sicht des Bayerischen Finanzministers“

14. Januar, Fürth-Ronhof

Bezirk Mittelfranken: Dr. Markus Söder, MdL, Bayerischer Staatsminister der Finanzen

15. Januar, Augsburg

Bezirk Augsburg: Besuch der Dürerausstellung im Schaezlerpalais und im Diözesanmuseum St. Afra

18. Januar, Selb-Erkersreuth

Bezirk Hochfranken: Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg „Chancen und Herausforderungen der Metropolregion Nürnberg unter Berücksichtigung der Belange Hochfrankens“

01. Februar, Aschaffenburg

Bezirk Aschaffenburg: Prof. rer. pol. Dr. phil. Johannes Wallacher, Präsident der Hochschule für Philosophie, München

11. Februar, Fürth

Bezirk Mittelfranken: Prof. Dr. Eckard Minx

20. Februar, München

Junge Unternehmer: „Mit Politikern im Dialog – Werkstattbesuch im Landtag“

26. Februar, München

Bezirk München: Sprechstunde der Münchner Wirtschaft

28. Februar, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik: Klaus-Peter Müller, Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank AG

>> Weitere Termine unter: www.wbu.de

IMPRESSUM Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, **V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss:** 30.11.2012, **Produktion:** Weltbuch Verlag GmbH, www.weltbuch.com